

## SH Schleswig-Holstein

# Unbefugt auf dem Behindertenparkplatz

Es ist nicht nur eine Ordnungswidrigkeit, sondern vor allem auch eine Respektlosigkeit den Betroffenen gegenüber: Das unbefugte Parken auf Parkplätzen für Menschen mit Behinderung. Obwohl diese Parkplätze mit dem bekannten Rollstuhlsymbol deutlich sichtbar gekennzeichnet sind, stellen auch heute noch viele Autofahrer ihr Fahrzeug auf die für sie verbotenen Flächen und blockieren diese. Für mobilitätseingeschränkte Menschen, die dringend auf die Parkplätze angewiesen sind, ist das ein unhaltbarer Zustand.

Um auf dieses Ärgernis aufmerksam zu machen, hat der SoVD Schleswig-Holstein jetzt bereits zum dritten Mal seit 2014 eine landesweite Aktion unter dem Motto: „Sie haben meinen Parkplatz! Wollen Sie auch meine Behinderung?“ durchgeführt.

Über 60 Ortsverbände und viele Einzelpersonen haben sich an der Aktion beteiligt und die „Parksünder“ mit

einer „gelben Karte“ auf ihr Fehlverhalten aufmerksam gemacht.

Mittlerweile hat die „Falschparkeraktion“ des schleswig-holsteinischen SoVD ein bundesweites Echo erfahren. Mehr als 2000 „gelbe Karten“ sind Interessenten außerhalb Schleswig-Holsteins zur Verfügung gestellt worden.

In Kiel sagte der stellvertretende Landesvorsitzende

Sven Picker: „Wir wollen mit unserer Aktion aufklären, nicht belehren. Wir sind keine Schulmeister, die mit erhobenem Zeigefinger unterwegs sind, sondern wir wollen den Menschen bewusst machen, wie wichtig es für Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, ist, dass sie die für sie bestimmten Parkplätze ohne Einschränkung nutzen können.“



Die „gelbe Karte“ erlebt eine große Nachfrage im ganzen Bundesgebiet.



Der Kieler Kreisverband beteiligte sich mit großem Engagement an der Suche nach „Falschparkern“. Auch in Berlin waren SoVD-Mitglieder für die gute Sache unterwegs.



Im hessischen Riedstadt-Goddelau engagierte sich Horst Müller gegen die Parksünder.



In Wedel zeigten die Rollstuhlfahrer Nikolaus Noack, Janine Kolbig und Manon Wetzel gemeinsam mit ihren Begleitpersonen Parksündern die „gelbe Karte“.

## HB Bremen

# Infogespräch mit der Agentur für Arbeit

SoVD-Landesvorsitzender Joachim Wittrien und der Sprecher des Sozialpolitischen Ausschusses, Henry Spradau, tauschten sich am 15. Juni mit dem Vorsitzenden der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Bremen-Bremerhaven, Dr. Götz von Einem, aus.

Zu Beginn des Gespräches stellte Joachim Wittrien Struktur und Aufgaben des SoVD vor und bekräftigte seine Absicht, Ziele und Anliegen des Verbandes noch stärker in die Landespolitik einzubringen.

Nächstes Thema war das Sozialpolitische Programm des SoVD, insbesondere die Arbeitsmarktpolitik. Dazu gehört u. a. die Integration von Flüchtlingen. Der SoVD hatte in seinen bisherigen Stellungnahmen dazu hervorgehoben, dass die notwendigen Anstrengungen nicht zulasten der auf Sozialleistungen angewiesenen Bevölkerungsgruppen gehen dürften.

Der Geschäftsführer der

Agentur für Arbeit, Dr. Götz von Einem, stellte klar, dass das Beratungs- und Förderangebot für geflüchtete Menschen bisher komplett aus zusätzlichen Mitteln finanziert wurden und die Bundesagentur für Arbeit vorhatte, diesen Ansatz auch weiterhin zu verfolgen.

Des Weiteren wurde die Situation von Menschen mit Behinderung auf dem Arbeitsmarkt besprochen. Die Gesprächsrunde stimmte darin überein, dass große Anstrengungen erforderlich seien, um diese Gruppe nicht weiter ins Hintertreffen geraten zu lassen. Die Sitzungen des Landesteilhabebirates zu diesem Thema wurden ebenfalls erörtert. Die

SoVD-Delegation warb dafür, dass sich die Agentur für Arbeit und die Jobcenter an den Beratungen des Beirates beteiligen sollten.

Ferner wurde die berufliche Integration von Langzeitarbeitslosen erörtert. Angesichts einer viel zu hohen Zahl von circa 13 000 Langzeitarbeitslosen im Land Bremen besteht dringender Handlungsbedarf. Man war sich einig darüber, dass Hilfen für diesen Personenkreis, z. B. ein sozialer, kommunaler Arbeitsbereich, unbedingt weiterentwickelt werden müssten.

Joachim Wittrien wies darauf hin, dass der SoVD Träger der Berufsbildungswerke



Von links: Dr. von Einem, Henry Spradau und Joachim Wittrien.

Bremen und Stendal sei. Es sei zu prüfen, wie Integrationsbetriebe und Werkstätten für behinderte Menschen auch für weitere Personenkreise nutzbar gemacht werden könnten. Auf der Grundlage des Sozialpolitischen Programms des

SoVD sollten dazu Vorschläge entwickelt werden, die die Bremer Besonderheiten berücksichtigen.

Abschließend verabredeten die Gesprächsteilnehmer, Infos auszutauschen und weiter im Gespräch zu bleiben.